

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

EU-Fördermittel verstärkt nach Berlin holen – Migrantenselbstorganisationen durch Zwischenfinanzierungsfonds stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt,

1. ein Zwischenfinanzierungsinstrument für freie Träger einzurichten, die Projekte über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanzieren. Dabei ist auch zu klären, wie diese auszustatten sind und welche Kriterien für die Inanspruchnahme zugrunde zu legen sind,
2. im Doppelhaushalt der Jahre 2018 und 2019 ausreichende Mittel für das Zwischenfinanzierungsinstrument zu veranschlagen.

Der Senat hat bis zum 30.06.2017 dem Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten

Begründung:

Die Europäische Union stellt über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) jährlich in erheblichem Umfang Fördermittel für die Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Diese Fördermittel dienen privaten Projektträgern zur Finanzierung ihrer wertvollen Arbeit zur besseren Integration von Zuwanderern, insbesondere in den Bereichen Förderung der deutschen Sprache, vorschulische und schulische Bildung, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt, ehrenamtliche Aktivitäten und gesell-

schaftliche Teilhabe, sowie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, ethnische Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamismus, Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.

Der AMIF gewährt Projekten keine Vollfinanzierung mit EU-Mitteln. Voraussetzung für die Förderung ist das Vorhandensein nationaler Finanzierungsquellen aus öffentlichen oder privaten Mitteln.

Zudem werden die europäischen Fördermittel erst nachrangig und zum Teil weit nach Abschluss der geförderten Projekte ausgezahlt. Eine Vielzahl insbesondere der kleinen Projektträger, vor allem unter den Migrantenselbstorganisationen (MSO), leistet einen großen Teil ihrer Arbeit über ehrenamtliche Helfer. Sie verfügen über keine ausreichenden Mittel zur Vorfinanzierung. Es ist aber im öffentlichen Interesse, Ihre Arbeit zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen, besser als bisher EU-Fördermittel für Berlin zu akquirieren.

Berlin, 18. Mai 2017

Graf Seibeld Dregger
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU